Bezugsgebühr:
Vierteljährlich 2 Mk. 50 Pf.: durch die Post 3 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten“ erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zustellung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Theilausgaben Abends und Morgens zugestellt.

Nachdruck aller Artikel u. Original-Mittheilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.“) zulässig. Nachträgliche Honorar-ansprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Haupt-Geschäftsstelle: Marienstr. 38.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis Nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile als „Eingesandt“ oder auf Textseite 50 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bez. 2spaltige Grundzeilen 30, 40 bez. 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Meyer's Schlafröcke von 10 Mk. an
Schlafrock-Meyer, Frauenstr. 7.

Weihnachts-Ausstellung
praktischer, preiswerther Geschenke
G. Ritter, Möbelfabrik
Marschallstrasse 3, Elbberg 1.

Das müssen wir lesen!
Hoffmann's Novelle: „Der Schönheitsapostel“, verbindet das Amüsante mit dem Nützlichen, giebt in der Erzählung **praktische Winke für die Schönheitspflege!** Passendes Geschenk für Damen und junge Herren. Reich illustrirt. Preis 1 Mark. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen. Verlag von **Fr. Tittel Nachfl., Dresden, Pillnitzer Strasse.**

Poesie- und Tage-Bücher
Bernhard Rüdiger
Wilsdruffer Strasse 3, part. und 1. Etage.
Familien- und Photographie-Rahmen

Jagdjoppen × Jagdmäntel × Jagdanzüge × Jagdhüte
sowie alle **Jagd-Ausrüstungs-Artikel** empfiehlt **Jos. Fiechtl** aus **Tirol, Schlossstrasse 23,** part. und I. Etage.

Nr. 314. Spiegel: Deutsch-englische Beziehungen. Hofnachrichten. Landeskulturrath. Flottenverein. Burenbazar. Handwerkerverein. Andrew Dr. White. Gerichtsverh. Lotterieliste. | Muthmaßliche Witterung: **Warm, zeitweise bedeckt.** | **Donnerstag, 13. November 1902.**

Die deutsch-englischen Beziehungen.

Als einen Niederschlag der Empfindungen, die durch den Besuch des Deutschen Kaisers in England, wenn nicht im britischen Volke, so doch bei der Crème der englischen Gesellschaft ausgelöst worden sind, darf man wohl die Rede betrachten, die der großbritannische Premierminister Lord Balfour auf dem Lordmayors-Bankett in London gehalten hat. Balfour kam im Verlaufe seiner ausgedehnten Ausführungen auch auf die Anwesenheit des „großen und befreundeten Souveräns“ zu sprechen und wies im Anschluß daran die „wilden und phantastischen Spekulationen“ zurück, die aus diesem Anlaß in der englischen Presse aufgetaucht seien. Alsdann gedachte er der internationalen Friedensbestrebungen, deren vornehmlicher Träger ja, wie alle Welt zugeben muß, Kaiser Wilhelm II. ist, meinte, es sei eine Beeinträchtigung für diese, daß die allgemeine Abneigung gegen England auch nach dem Burenkriege noch lebendig bleiben konnte, und feierte schließlich mit einer für das englische Temperament ziemlich ungewohnten Wärme und Lebhaftigkeit die allgemeine internationale Eintracht mit den Worten: „Es giebt kein Gefühl, das die europäischen Staatsmänner emsiger pflegen sollten, als den Geist internationaler Toleranz, Freundschaft und Liebe, Empfindungen, die, wenn sie in rechter Weise befördert werden, mächtigste Wirkung in der Zukunft haben, wenn immer eine Gefahr den europäischen Frieden bedroht, indem sie uns die Fortführung der großen Politik des europäischen Concerts ermöglichen, das in der Vergangenheit ein großes Werkzeug für den Frieden gewesen und bestimmt ist, in der Zukunft eine noch größere Rolle für den Fortschritt und die Gesittung der Christenheit zu spielen, als während der jüngsten Jahre.“ Endlich sprach der Premierminister noch die Hoffnung aus, daß das von ihm angedeutete Ziel erreicht werde durch Zusammenschluß und Pflege der Zuneigung zwischen den Völkern Europas, sowie durch gegenseitige Verständigung der europäischen Staatsmänner.

Es giebt in Deutschland wohl kaum einen ernsthaften Politiker, der nicht den verständigen, realpolitischen Auslassungen des englischen Premierministers Beifall zollen und mit ihm den Wunsch theilen wird, daß die bisherigen Mißverständnisse und Verstimmungen zwischen Deutschland und England beseitigt und das beiderseitige Verhältniß auf eine normale Stufe gebracht werden möge. Dazu gehört aber als unerläßliche Voraussetzung die Gegenseitigkeit, und diese eben ist es, die das englische Publikum vermissen läßt. Von deutscher Seite sind dagegen fortgesetzt die deutlichsten Beweise des Entgegenkommens gegenüber den Engländern geliefert worden. Die deutsche Regierung hat sich im ganzen Verlaufe des Burenkrieges korrekt bis auf's I benommen, sodaß es der deutschen Volksstimmung sogar manchmal der Korrektheit allzu viel wurde. Neuerdings sind auch die deutsche Bevölkerung und die deutsche Presse eins gewesen in dem Bestreben, ihrerseits jeden Anlaß, Oel in's Feuer zu gießen, sorgfältig zu vermeiden, und gerade bei dem in politischer Beziehung doch gewiß heiklen Besuche der Burengenerale in Deutschland haben sich die gedachten beiden Faktoren völlig tadellos benommen und die englische Empfindlichkeit in einer Weise geschont, die selbst dem besseren Theile der englischen Presse unwillkürliche Anerkennung abnöthigte. Trotzdem kann freilich nicht geleugnet werden, daß die Offenbarung der unangenehmen nationalenglischen Charaktereigenschaften, die während des Burenkrieges in besonders krasser Weise zu Tage getreten sind, auch jetzt noch in genügender Stärke fortwirkt, um es dem deutschen Volke unmöglich zu machen, mit dem Herzen an der Englandreise seines Kaisers, dessen von reinster Vaterlandsliebe geleitete Beweggründe es im Uebrigen wohl zu würdigen weiß, theilzunehmen. Allein auch dieser natürliche Mangel an Sympathie für das Angelsachsenthum, der dem Germanenthum trotz aller Versicherungen, daß Blut dicker als Wasser sei, angeboren ist, würde keinesfalls einer korrekten Gestaltung der deutsch-englischen Beziehungen hindernd im Wege stehen, sofern nur die Engländer sich entschließen könnten, ihren eigenen Part zu der gegenseitigen Annäherung beizutragen.

Statt dessen sehen wir gerade im jetzigen Augenblicke die führende englische Presse emsig bemüht, nicht nur im Allgemeinen die qualmige Gluth des Deutschenhasses zu schüren, sondern auch durch beweislose Verdächtigungen der deutschen Politik im Einzelnen den unlauteren Zwecken des deutschfeindlichen Jingoethums nachzuhelfen. Zwei besonders bezeichnende Londoner Preßäußerungen mögen hier mitgetheilt sein. Die „Morning Post“ erklärte zur freundnachbarlichen Begrüßung des Deutschen Kaisers: „Die deutsche öffentliche Meinung hat sich für die Politik ausgesprochen, England über den Haufen zu rennen, sobald es dazu im Stande ist. Kein britisches Ministerium wird so verblendet sein, Vorschläge (des Kaisers) anzuhören, die weiter keinen Zweck haben, als die Zeit der Vorbereitung Deutschlands für diesen Kreuzzug auszufüllen“; und der „Daily Graphic“ sekundirte mit folgendem Ergusse: „Die britischen Staatsmänner, die mit dem Kaiser zusammenkommen, werden ihm versichern, daß die deutschfeindliche Agitation in England nicht als eine quantité négligeable betrachtet werden darf, und daß die deutsche Regierung ihrem Wunsche, gute Beziehungen mit England aufrecht zu erhalten, „substantielle Formen“ geben muß, wenn in dem Verhältniß der beiden Länder wieder die traditionelle Freundschaft eintreten soll. Anderenfalls kann kein Zweifel darüber obwalten, daß die Kluft sich erweitern muß, und zwar mit Konsequenzen, die für beide Länder nur unheilbringend sein können.“

Gleichzeitig gefallen sich andere englische Organe in der Darstellung, als ob Deutschland darauf ausgehe, England in Ostasien ganz von der Bildfläche zu verdrängen durch einen angeblichen Geheimvertrag mit China über das Yangtse-Gebiet, kraft dessen England dort „der Vortheile beraubt werden soll, die es durch das Recht großer Opfer an Blut, Unternehmungsgeist und Kapital früher erworben habe und an denen es auf Grund seiner enormen kommerziellen Interessen festhalte, welche die aller anderen Mächte übertreffen“. In Wirklichkeit hat aber Deutschland nichts weiter verlangt, als daß England in dem vorliegenden Falle sein gegebenes Wort respektire, seine vertragsgemäße Verpflichtung erfülle, die es in dem deutsch-englischen Abkommen vom 16. Oktober 1900 übernommen hat. England bekennt sich darin mit klaren und unzweideutigen Worten zu dem Grundsatze der offenen Thür im Yangtse-Gebiet. Da es nun aber trotzdem hinter der Scene versucht hat, seine ausschließliche Interessensphäre dort wieder zurückzugewinnen, so ist die wachsame deutsche Diplomatie in Peking dem einfach mit der ganz korrekten Forderung zuvorgekommen, daß die chinesische Regierung keiner anderen Macht am Yangtse eine Sonderstellung einräumen solle. Damit müßte England folgerichtig ganz einverstanden sein, wenn es entschlossen wäre, das erwähnte Abkommen ehrlich inne zu halten. Anderenfalls läßt sich nur annehmen, daß England jenen Vertrag überhaupt nicht als bindend für sich ansieht, sondern daß er ihm nur als Mittel zu dem Zwecke dienen sollte, Deutschland ein Beruhigungspulver für die Zeit des südafrikanischen Krieges zu verschreiben. Darf sich dann unter solchen Umständen noch irgend Jemand wundern, wenn die britische Vertragstreue in immer größeren Mißkredit geräth und kein Staat mehr auf englische Versprechungen etwas giebt?

Was will gegenüber derartigen offenen Feindseligkeiten und Unfreundlichkeiten das verweisende und verurtheilende Wort eines einzelnen Ministers bedeuten? Angesichts eines solchen Verhaltens kann man hier zu Lande wirklich beim besten Willen nichts Anderes thun, als die Bereitwilligkeit zu der Herstellung formell-korrekter Beziehungen unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit zu versichern. Die englische Unterstellung aber, daß wir im Interesse unserer nationalen Existenz genöthigt wären, einen Buß- und Bittgang nach England wegen unserer Haltung im Burenkriege anzutreten und ein engeres Bundesverhältniß mit Großbritannien anzustreben, muß nachdrücklich zurückgewiesen werden. So lange die Engländer sich nicht entschließen können, auf derartige tendenziöse Verdrehungen der internationalen Lage in loyaler Weise zu verzichten, ist nicht einzusehen, wie die Bemühungen zur Besserung der deutsch-englischen Beziehungen von Erfolg gekrönt werden sollen.

Neueste Drahtmeldungen vom 12. November.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Berlin (Priv.-Tel.) **Reichstag.** An Stelle des als Schriftführer ausscheidenden Abg. v. Normann (kons.), der zum Vorsitzenden der konservativen Fraktion ernannt worden ist, wird Abg. Himburg (kons.) gewählt. Hierauf wird die Berathung des Zolltarifgesetzes bei § 8, Retorsionszölle, fortgesetzt. — Abg. Bäumer (nat.-lib.) vertheidigt den auf seinen Antrag von der Kommission beschlossenen Absatz 2, demzufolge Waaren aus Ländern, die Deutschland die Meistbegünstigung verweigern, denselben Zöllen und Zollabfertigungsvorschriften sollen unterworfen werden können, die im Ursprungslande auf deutsche Waaren Anwendung finden. Deutschland sei lange genug im Auslande als quantité négligeable behandelt worden, er erinnere an die Behandlung unseres Geschäftsreisenden-Verkehrs in Schweden und an die Zollabfertigungsbelästigungen in den Vereinigten Staaten. Und da wolle die Linke unserer Regierung nicht einmal das Recht zu Repressivmaßregeln in die Hand geben?! Man sage, wir sollten doch die Amerikaner nicht noch reizen! Ach, du lieber Himmel, die brauchen wir nicht erst noch zu reizen! (Sehr richtig!) Was die kleine Schweiz gekonnt habe, davor brauche sich doch Deutschland nicht zu fürchten, Deutschland, dessen größter Sohn das Wort vom Nichtfürchten gesprochen habe. (Beifall rechts und in der Mitte.) Abg. Gothein (freis. Vereinig.): Die Ausführungen des Vorredners sollten wohl gar ein etwas eigenthümlicher Epilog zu der gestrigen Abschiedsfeier für den bisherigen amerikanischen Botschafter sein? Fürst Bismarck, auf den sich Vorredner berufen habe, habe nicht nur stets Handelsverträge gewünscht, sondern auch gemeint, daß man zur Ermöglichung solcher nöthigenfalls bis zu 1 Mark Getreidezölle herabgehen könne. (Abg. Kardorff: „Wo steht das?“) Er habe das seiner Zeit hier ausgesprochen und es sei unwidersprochen geblieben. Die in der Schweiz geplante Retorsions-Politik sei noch nicht perfekt, darüber habe erst noch das Referendum zu entscheiden. Mit solchen Retorsionen würden wir uns vielfach stark in's eigene Fleisch schneiden, da viele Deutsche Filialbesitz, z. B. an Eisenerzgruben, im Auslande haben. Solche Kampfbefugnisse seien nicht patriotisch, sondern chauvinistisch. — Abg. Fischbeck (freis. Volksp.) verweist auf die Petition der Handelskammern, die keinen Zollkrieg wollten, auch keinen mit Amerika; auch die sächsischen Handelskammern hätten sich durch die Kammer in Chemnitz in diesem Sinne ausgesprochen. Er hoffe deshalb, das Haus werde über die Phrasen des Herrn Bäumer hinwegkommen. — Abg. Brömel (freis. Vereinig.) wendet sich ebenfalls gegen die Bäumer'schen Ausführungen. Um uns gegen Staaten zu wehren, die uns nicht die Meistbegünstigung zugestehen, bedürfe es des Abs. 2 gar nicht; die Waffen, die uns Abs. 1 gebe, seien scharf genug. — Vicepräsident Graf Stolberg macht nachträglich den Abg. Fischbeck darauf aufmerksam, daß es nicht angängig sei, einem Abgeordneten nachzusagen, daß er Phrasen gemacht habe. — Abg. Molkenbuhr (Soz.) spricht ebenfalls gegen Abs. 2. — Abg. Speck (Centr.) vertritt als Referent sehr ausführlich die Kommissionsbeschlüsse, wobei er auch auf die Bismarck'sche Zollpolitik eingeht. — Abg. Brömel (zur Geschäftsordnung) rügt, daß der Referent mit diesen Ausführungen den Rahmen des Referats überschritten habe. (Sehr wahr! links.) Richtiger wäre es jedenfalls gewesen, wenn der Referent auf die zu § 8 vorliegenden Petitionen eingegangen wäre, wie es denn überhaupt angezeigt sei, bei jedem Paragraphen die zugehörigen Petitionen mit zur Berathung zu stellen. — Abg. Speck: Ich bestreite dem Vorredner das Recht, mein Referat zu kritisiren. (Oho!) Es ist dies nur das Recht des Präsidenten. (Erneuter Widerspruch links.) — Vicepräsident Graf Stolberg: Ich bin nicht Mitglied der Kommission gewesen, kann also nicht beurtheilen, ob sich der Referent streng im Rahmen der Kommissionsberathungen gehalten hat. — Abg. Spahn (Centr.) weist darauf hin, daß bei größeren Gesetzentwürfen stets erst zum Schluß der gesammten Berathungen über die Petitionen referirt worden sei. — Abg. Stadthagen (Soz.) erwidert, daß der Fraktionsgenosse Spahn's, Abg. Bachem, gestern geradezu darauf gebrannt habe, daß die Petitionen zum Zolltarif so schleunig als möglich berathen würden. — Abg. Paasche (nat.-lib.) stimmt dem Abg. Spahn bei. — Abg. Gothein stellt den formellen Antrag, fortan bei jedem einzelnen Paragraphen gleich die Petitionen mit zu berathen. — An der Geschäftsordnungsdebatte betheiligen sich noch die Abgg. Brömel, Singer, Fischbeck, Bebel und Gamp; letzterer wirft u. A. dem Abg. Brömel Nonsens vor. — Vicepräsident Graf Stolberg: Ich kann nur annehmen, daß dieser vom Vorredner gebrauchte Ausdruck ein Lapsus linguae ist. (Heiterkeit.) — Die zu § 8 gestellten Abänderungsanträge werden sämmtlich abgelehnt, der Antrag auf Streichung des Abs. 2 in namentlicher Abstimmung mit 192 gegen 72 Stimmen. § 8 wird dann unverändert in der Fassung der Kommission angenommen. — § 9 handelt in Nr. 1, Abs. 1, von den bei der Ausfuhr von Getreide, Hülsenfrüchten, Raps, Rübsen zu ertheilenden Einfuhrscheinen. Die Kommission hat hier auch Sämereien und Saaten hinzugefügt. Ein Antrag Herold (Centrum) will diese Einfügung wieder streichen; ein Antrag v. Wangenheim (B. d. L.) will hier die Bestimmung streichen, nach welcher die Giltigkeit der Einfuhrscheine, also das auf die Scheine gestützte Einfuhrrecht, auf höchstens 6 Monate begrenzt sein soll. Absatz 2 der Nummer 1 handelt von reinen Transitlägern, Absatz 3 von gemischten Transitlägern. Ein Antrag v. Wangenheim will die gemischten Transitläger ganz streichen, dafür aber zur Aufnahme in die reinen Transitläger, auch die zur Verschiffung über See nach dem Zollinlande bestimmten Importe zulassen. Ein sozialdemokratischer Antrag zu Absatz 3 will die gemischten Transitläger vorbehaltlos zulassen, und nicht nur, wie die Vorlage es vorschlägt, im Falle dringenden Bedürfnisses. Eventuell soll wenigstens das Wort „dringend“ wegfallen. Absatz 4 läßt für die nicht zu den Hauptgetreidearten gehörigen Sorten Getreide, ferner für die zollpflichtigen Oelfrüchte, wenn sie ausschließlich zum Absatz in das Zollausland bestimmt sind, Transitläger ohne amtlichen Mitverschluß zu. Ein Antrag Brömel will hier auch die zollpflichtigen Sämereien einfügen für den Fall, daß etwa der Antrag Herold zu dem Absatz angenommen werden sollte. — Abg. Dr. Bassermann (nat.-lib.) tritt entschieden für Beibehaltung der gemischten Transitläger ein. Die Regierung habe in der Kommission auf die große Wichtigkeit dieser Läger, speziell auch für Mobilmachungsfälle, hingewiesen. Die gemischten Läger seien geradezu unentbehrlich für den Handel wie auch für die Versorgung des Inlandes. Mannheim und Ludwigshafen speziell bedürften dieser Einrichtung für ihren großen Transport nach der Schweiz. Die betreffenden Geschäftsleute würden einfach zur Auswanderung mit ihren Lägern nach dem Auslande genöthigt sein, wenn man ihnen die Läger im Inlande nehme. — Abg. Dreesbach (Soz.) bekämpft ebenfalls den Antrag Wangenheim, findet aber auch den Kommissionsbeschluß, der die gemischten Läger von dem Vorhandensein eines Bedürfnisses, und noch dazu eines dringenden, abhängig mache, bedenklich, weil der Begriff des dringenden Bedürfnisses verschiedentlich ausgelegt werden könne. — Abgeordneter Hahn (Bund der Landwirthe): Gerade die gemischten Läger am Oberrhein, in Mannheim und Ludwigshafen seien eine dauernde Gefahr für die Getreidepreisbildung am Oberrhein, gewissermaßen eine Wetterwolke, oder, wenn man lieber wolle, eine geladene Pistole. Diese Läger seien ein enormes Privileg des Handels. — Staatssekretär v. Thielmann wendet sich zunächst gegen den sozialdemokratischen Antrag, das Bedürfniß als Voraussetzung für gemischte Läger ganz wegfallen zu lassen. Insoweit kein Bedürfniß bestehe, liege auch keine Nothwendigkeit vor, ein solches Lager zuzulassen. Der Antrag Wangenheim, den Einfuhrscheinen unbegrenzte Giltigkeit zu geben, sei mit einer geordneten Buchführung unverträglich. Der Hauptangriff des Antrags Wangenheim richte sich gegen das Bestehen gemischter Läger überhaupt, aber diese Läger seien doch zum Theil in Mannheim, Ludwigshafen und Königsberg nöthig, und sie seien ungefährlich, wenn die zinsfreien Kredite fortfielen, wie das früher von den Gegnern dieser Läger selber zugestanden worden sei. Nun schlage der Antrag Wangenheim allerdings noch einen Ausweg vor, unter Cassirung der gemischten Läger die Einbringung von Waaren, die zur Verschiffung über See nach dem Zollinlande bestimmt sind, in reine Transitläger zuzulassen. Aber dieser Antrag sei doch zu durchsichtig, er begünstige offenbar die Ostseestädte und wolle diesen die Vortheile zuwenden, von denen Mannheim keinen Gebrauch machen könne. Er bitte daher, den Antrag Wangenheim abzulehnen. — Abg. Herold (Centr.) bekämpft ebenfalls den Antrag Wangenheim. Die einseitige Begünstigung ostelbischer Interessen durch den Bund der Landwirthe zeige sich bei diesem Punkte wieder einmal so recht deutlich. — Abg. Haase (Soz.) tritt für vorbehaltlose Zulassung gemischter Läger ein. Abg. Brömel erklärt den Antrag Wangenheim für unannehmbar und befürwortet seinen Antrag. — Die Debatte wird geschlossen und ein Vertagungsantrag einstimmig angenommen. — Präsident Graf Ballestrem schlägt für morgen Fortsetzung der Berathung vor. — Abg. Spahn (Centr.) beantragt, den Antrag Aichbichler auf die Tagesordnung für

Pfund's sterilisirte Kindermilch Trocken-Fütterung. (keimfrei)
Dresdner Molkerei **Gebr. Pfund,** Bautzenerstr. **79**